

---

**Beschluss des 34.Landesjugendkongress in Regensburg vom 11. bis 13.April 2014**

---

## **Europa ist unsere Zukunft – Wir sind Europas Zukunft**

### **Historische Verantwortung für Europa**

Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte durch die Europäische Einigung eine solche Katastrophe künftig verhindert werden. 1959 wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet, die einen Krieg zwischen den Mitgliedstaaten undenkbar und materiell unmöglich machen sollte. Die EGKS wurde zum ersten Baustein der heutigen Europäischen Union. Die europäische Idee verspricht Demokratie, Menschenrechte, Frieden, Stabilität und Rechtsstaatlichkeit. Die europäische Vergangenheit zeigt uns an vielen Stellen, wie viel der derzeitige Zustand, ohne Grenzkontrollen und mit europäischer Freundschaft eigentlich wert ist. Anstatt dies aufs Spiel zu setzen, ist es unsere Verantwortung diese Idee weiter zu entwickeln und fortzuführen.

Wir sind der Meinung: Europa ist unsere Zukunft. Europa muss auch in Krisenzeiten solidarisch zusammenstehen und gemeinsam handeln. Wir setzen uns für ein starkes Europa ein, das für uns viel mehr als nur ein gemeinsamer Wirtschafts- und Währungsraum ist.

### **Der Gefahr des antieuropäischen Populismus entgegentreten**

Am 25. Mai 2014 wird das Europaparlament neu gewählt. Ausgangslage ist dabei nicht nur eine Eurokrise, sondern auch eine fehlende politische gesamteuropäische Weichenstellung. Hauptkonfliktthemen sind gegenseitige Finanzhilfen, die zentralen Kompetenzen in Brüssel im Verhältnis zu den Mitgliedsländern und die Freizügigkeit.

Es kann damit gerechnet werden, dass mit den Wahlen mehr europafeindliche Parteien als im Jahr 2009 in das Europäische Parlament einziehen. In Bayern startete die CSU mit scharfen Tönen gegen die EU-Osterweiterung und gegen die Freizügigkeit in das Wahljahr 2014 und löste über deutsche Grenzen hinweg eine heftige Debatte aus. Trotz des rechtspopulistischen Vorstoßes der CSU sieht der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung die EU im Januar 2014 so positiv wie lange nicht mehr. Die Europaskeptiker\*innen sind klar in der Minderheit. Rechtspopulistische Mobilisierung scheint nicht auf fruchtbaren Boden zu fallen.

Dennoch haben europafeindliche Parteien wie AfD und die NPD Aussichten auf Wahlerfolge. Die Tatsache, dass bei der Europawahl keine Prozenzhürde existiert, bedeutet für die demokratischen Parteien die Verantwortung sich noch stärker gegen rechtes Gedankengut einzusetzen.

Vor allem rechte, aber auch bürgerlich-konservative Parteien auf europäischer Ebene berufen sich auf „das nationale, ethnische oder kulturelle Kollektiv“, das in Krisenzeiten „gegen die anderen“ oder „die da Oben in Brüssel“ zusammenhalten müsse. Polemisiert wird gegen die europäische Bürokratie, verschuldete Mitgliedsstaaten werden diffamiert und Kampagnen gegen Minderheiten und Einwanderer gestartet. Nicht selten bedienen sich Politiker\*innen dabei

### **Beschluss des 34.Landesjugendkongress in Regensburg vom 11. bis 13.April 2014**

auch mehr oder weniger offen bei rassistischen oder antisemitischen Motiven. Als generellen Lösungsvorschlag für alle europäischen Probleme sehen diese rechten Stimmen nicht etwa eine weitere Demokratisierung der EU, sondern die Rückholung aller Entscheidungskompetenzen auf die nationale Ebene, zurück zum eigenen „Volk“.

Europäische Sozialpolitik soll in den Augen rechter Europapolitiker nicht gleiche Chancen und Möglichkeiten für alle EU-Bürger\*innen sicherstellen, sondern national bleiben. Solidarisches Krisenmanagement und Zusammenarbeit ist für diese Gruppierungen ausgeschlossen. Verschiedene rechte, auf europäischer Ebene aktive Parteien und Politiker\*innen, blicken aus unterschiedlichen Perspektiven auf die EU. Aber bei einem sind sie sich einig: Eine Europäische Union soll, wenn überhaupt, ein Bündnis nationaler Staaten, ein Staatenbund, und niemals ein politischer Raum von gleichberechtigten Bürgerinnen und Bürgern mit eigenen demokratischen Institutionen und föderalem Staatscharakter sein. Das ist für uns nicht tragbar!

Deutschland trägt eine historische Verantwortung für das Bestehen der europäischen Idee. Wir fordern ein solidarisches Europa gleichberechtigter Bürger\*innen, das sich durch Toleranz und kulturellen Austausch auszeichnet und das für Frieden und Menschenrechte kämpft. Um Mensch zu sein braucht es keine nationale Identität und keine Staatsbürger\*innenschaft, Menschen sind wir alle.

### **Europäisch bilden**

Im Zusammenhang mit Europa, muss die bayrische Bildungspolitik das Ziel haben, die europäische Idee bayrischen Schüler\*innen näher zu bringen. Europa soll mehr in den Fokus der Lehrpläne rücken und mehr gesamteuropäische Kultur und Geschichte anstelle von deutscher oder bayrischer vermittelt werden. Doch Europa kann man nicht einfach in der Schule lernen. Die Europäische Idee lebt von Begegnungen, Vielfalt muss man kennen lernen. Deswegen müssen mehr europäische Schüler-\*innenaustauschprogramme realisiert und umgesetzt werden. Ebenso sollen Schulpartnerschaften explizit gefördert werden. Internationaler Austausch darf dabei nicht von schulischen Leistungen oder finanziellen Möglichkeiten abhängen.

Wir fordern, die Möglichkeit der Einrichtung internationaler Schulen, in denen nicht nur in der Landessprache unterrichtet wird, stärker zu nutzen. Dies schafft ein europäisches Bildungssystem und fördert eine europäische Arbeitswelt, die außerhalb nationaler Grenzen denkt, lernt und arbeitet.

### **Regionale Verantwortung – Bayern in Europa – Europa in Bayern**

Europa besteht aus vielen verschiedenen Regionen. Diese Regionen lassen sich nicht zwangsläufig über bestehende Staatsgrenzen, sondern viel mehr über kulturelle, historische oder landschaftsbedingte Merkmale definieren.

## **Beschluss des 34.Landesjugendkongress in Regensburg vom 11. bis 13.April 2014**

---

Diese verschiedenen Regionen Europas müssen stärker in die Prozesse der Europäischen Union miteingebunden werden, während gleichzeitig die EU für ein Europa der gleichen Chancen sorgen muss. Gleiche Chancen bedeuten für uns, dass grundlegende soziale, institutionelle und rechtliche Unterschiede durch gezielte Förderung abgebaut werden.

Seit 1992 gibt es den „Ausschuss der Regionen“. Er hat allgemein die Aufgabe, den Europäischen Ministerrat und die Europäische Kommission in allen Fragen zu beraten, welche die Länder, Regionen, autonomen Gemeinschaften, kommunale und lokale Gebietskörperschaften betreffen. Wir fordern, den derzeitigen Ausschuss der Regionen zu einem aktiven Europäischen Bundesrat für alle Föderalgliederungen umzubauen, um somit einen echten Ausschuss der Regionen zu schaffen, der regionale Kooperationen und grenzübergreifende Projekte ermöglicht.

Die Regionalpolitik der Europäischen Union verfolgt derzeit folgende Ziele: Verringerung des Strukturgefälles zwischen den Regionen der EU sowie Förderung einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung und einer wirklichen Chancengleichheit. Dabei werden die Mittel auf die Bereiche und Sektoren konzentriert, in denen die größten Fortschritte erzielt werden können. Daher erhält Bayern an vielen Stellen unverhältnismäßig viele Fördergelder. Die Förderung Bayerns mit Mitteln der europäischen Union verdeutlicht für uns, die Ambivalenz dieser Politik. Chancengleichheit dadurch zu erreichen, dass Gebiete wirtschaftlich gefördert werden, in denen es leichter ist, große Fortschritte zu erzielen, ist für uns ein Widerspruch in sich. Dieser Widerspruch kann nur gelöst werden, in dem die Förderung für Regionen erhöht wird, die diese auch wirklich nötig haben. Das wirtschaftlich erfolgreiche Bayern gehört für uns nicht dazu.

Echte Chancengleichheit wird nicht durch die kurzfristige Stärkung der Wirtschaft erzielt. Soziale-, kulturelle- und ökologische Projekte sollten im Vordergrund stehen. Dass die meisten Förderungen nur auf wenige Jahre beschränkt sind und dann neu verhandelt werden, ist kein Anreiz, wichtige Projekte umzusetzen und führt damit zu Stillstand. Alle geförderten Projekte müssen langfristig und vor allem nachhaltig angelegt sein. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert klare Kriterien für regionale Projekte, wie zum Beispiel ökologische Nachhaltigkeit und Partizipation der Bevölkerung.

### **Europäische Solidarität: Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – Steuern angleichen**

Europa vereint sehr heterogene Staaten. Die Schere zwischen arm und reich klafft seit der Eurokrise noch mehr auseinander und lässt somit auch die Realitäten und Lebensbedingungen der EU-Bürger\*innen immer unterschiedlicher werden. Wir sind der Meinung: Europäische Sozialpolitik soll gleiche Chancen und Möglichkeiten für alle EU-Bürger\*innen sicherstellen. Deutschland, und ganz besonders Bayern, profitieren unter anderem als Exporteure ganz besonders von der EU und sind finanziell deutlich besser gestellt als viele andere Staaten. Die Profiteure der Krise tragen damit auch die Verantwortung für die schwächeren Mitgliedsstaaten.

## **Beschluss des 34.Landesjugendkongress in Regensburg vom 11. bis 13.April 2014**

---

Ende 2013 betrug 108 die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland circa 59 %, in Spanien 54 % und in Kroatien 49 %. Bayern steht mit 3,5 % Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich sehr gut da. Trotzdem wird bisher so gut wie nichts gemeinschaftlich unternommen. Die Jugend ist Europas Zukunft. Es gilt so schnell wie möglich Lösungen und Konzepte zu finden, um die Situation zu verbessern! Es darf in Europa keine verlorene Generation geben. Europa muss in dieser Sache endlich zusammenstehen und dieses Problem gemeinschaftlich anpacken. Wir fordern eine europäische Arbeitslosenversicherung. Zusätzlich müssen die Programme zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit neu aufgelegt werden und endlich mit Geldbeträgen ausgestattet werden, die tatsächlich dem Ausmaß des Problems entsprechen.

Dazu braucht die Europäische Union endlich eigene Finanzmittel, die nicht an den nationalen Interessen der Geldgebenden gekoppelt sind. Deswegen fordern wir, dass die Europäische Union selbst Steuern erheben kann. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass die Europäische Union ihre Kompetenzen zur Rahmensetzung wie zum Beispiel bei Umsatz- und Energiesteuer stärker nutzt, um durch einen engeren Korridor z.B. den europäisch gesehen unsinnigem Tanktourismus einzudämmen

### **Asylpolitische Verantwortung**

Die Gründe, warum Menschen aus einem Land fliehen, sind vielfältig: Internationale Ungerechtigkeiten, Kriege und andere bewaffnete Konflikte, politische oder religiöse Verfolgung, Hunger, existentielle Armut oder Klimawandel. Die Hoffnung in Europa Stabilität und Frieden zu finden, sowie der Glaube an eine diskriminierungsfreie Gesellschaft und der Wunsch nach besseren ökonomischen Perspektiven veranlassen Flüchtende dazu, sich auf ihrem Weg in die unterschiedlichen europäischen Staaten in lebensgefährliche Situationen zu begeben.

Diesen Menschen tritt die Europäische Grenzschutzagentur Frontex mit äußerster Härte entgegen. Die Abriegelung der meisten Außengrenzen der europäischen Union durch Frontex führt dazu, dass die meisten Flüchtenden den lebensgefährlichen Weg übers Mittelmeer nach Europa wählen. Viel zu oft enden diese Versuche tödlich, da die Flüchtenden auf zu kleinen Booten unterwegs sind und zudem an vielen Stellen von Frontex zurück aufs offene Meer hinaus getrieben werden.

Europäische Flüchtlingspolitik setzt aktuell auf Abschreckung und Abschottungspolitik an statt auf einen Schutz der Menschenrechte der Hilfe Suchenden. Mechanismen wie das Europäische Grenzüberwachungssystem EUROSUR, das Drohnen, Aufklärungsgeräte, Offshore-Sensoren und Satellitensuchsysteme einsetzt, um die sogenannte "illegale Einwanderung" in die EU-Mitgliedsländer zu überwachen, zeigen welch großer Aufwand betrieben wird um die Privilegien der reichen Mitgliedsstaaten zu schützen. Diese Abschottungspolitik muss ein Ende haben.

## **Beschluss des 34.Landesjugendkongress in Regensburg vom 11. bis 13.April 2014**

---

Dazu gehören für uns die Abschaffung von Frontex und ein Ende des menschenverachtenden Grenzregimes. Geflüchtete, die es in die EU schaffen, werden in Erstaufnahmeeinrichtungen an den Grenzen Europas unter unmenschlichen Bedingungen zusammengepfercht.

Wir brauchen in der Europäischen Union eine Willkommenskultur und eine Atmosphäre, die Menschen in Not hilft, statt ihnen weitere Hindernisse in den Weg zu legen. Der Tenor, den die CSU mit ihren rechtspopulistischen Parolen an den Tag legt ist gefährlich. Dass es in erster Linie um die Durchsetzung von Menschenrechten geht, wird dabei vollkommen außer Acht gelassen. Wir müssen weg von einer Renationalisierung der einzelnen Länder innerhalb Europas und hin zu einer Welt, in der nationale Egoismen keine Rolle mehr spielen.

Die Dublin III-Verordnungen und die darin enthaltenen Regelungen über sogenannte "sichere Drittstaaten" führen dazu, dass Geflüchtete aus Regionen, die – wie der Freistaat – nicht an EU-Außengrenzen liegen, in "EU-Randstaaten" abgeschoben werden. Das führt dazu, dass in diesen Staaten überproportional viele Flüchtlinge pro Einwohner untergebracht werden müssen und sinnvolle Lebensbedingungen für die Flüchtlinge dort nicht mehr garantiert werden können. Wir fordern eine Abschaffung der Dublin III-Verordnung einschließlich der Drittstaatenregelung und eine ausgeglichene Verteilung der Geflüchteten auf alle Europäischen Länder nach einem geeigneten Schlüssel, der sowohl Einwohner\*innenzahlen als auch die finanziellen Möglichkeiten eines Landes berücksichtigt, um ihnen überall eine einheitliche menschenwürdige Unterbringung zu garantieren. Dieses System darf aber nicht dazu führen, dass Familien auseinandergerissen oder die Zusammenführung erschwert wird. Vielmehr muss es darum gehen, den Flüchtlingen den Zugang zum europäischen Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu ermöglichen, sie in die nationalen Gesundheits- und Sozialsysteme einzugliedern und sie nicht innerhalb nationaler Grenzen festzuhalten.

### **Für ein gemeinsames Europa**

Mit den Wahlen am 25. Mai 2014 haben die Bürger\*innen Europas die Chance, die Weichen in der europäischen Sozial-, Asyl-, Forschungs-, Steuer- und Bildungspolitik neu zu stellen. Europa braucht mehr Solidarität und Zusammenhalt, eine Willkommenskultur und Menschenrechte für alle. Die Idee von Europa ist heute aktueller denn je und bietet unzählige Chancen, die es zu nutzen gilt. Es braucht auf allen politischen Ebenen Menschen, die an der europäischen Idee weiterarbeiten, das Gemeinsame in den Mittelpunkt stellen und keine Angst davor haben, Kompetenzen abzugeben. Genauso braucht es aber Bürger\*innen, die sich für Europa engagieren und für ein modernes Europa stehen. Europa ist unsere Zukunft. Wir sind Europas Zukunft.